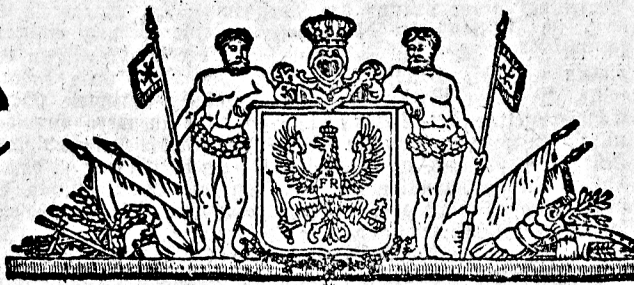


# Öffentliche



# Zeitung

Begründet

1704

## Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion  
(mit Ausnahme des H. - - - - -) H. Bachmann in Berlin

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800  
11 801, 11 802 bis 11 830, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

## Die Pariser Sachverständigen-Beratungen.

### Die Sitzungen unter Loucheurs Vorsitz.

Drahtmeldung.

Paris, 16. Dezember. (W. T. B.)

Savas meldet: Zwanzig Sachverständige der Allierten und Deutschlands trafen heute, 4 Uhr nachmittags, in der Maison de la Presse zusammen, um über die Kompensation für die in Scapa Flow versenkten Schiffe zu beraten. Den Vorsitz führte Loucheur. Die Zusammenkunft dauerte drei Stunden. Morgen treten die Schiffesachverständigen zusammen.

Churchill teilte im Unterhause mit, daß Deutschland den Bestimmungen des Waffenstillstandes zufolge noch an Waffen ausliefern muß: 5000 Gewehre, 25 000 Maschinengewehre, 3000 Laufgraben-Werfer, 1700 Flugzeuge. An Eisenbahnmateriale seien noch auszuliefern 43 Lokomotiven und 480 Waggons.

mp Rom, 17. Dezember.

Der „Tempo“ führt aus, daß Frankreichs Hoffnung auf unumkehrbare Zustimmung Englands zu einem Schutz- und Trutzbündnis gegen etwaige deutsche Revanche eitel sei. England habe ganz andere Dinge vor und strebe vor allem nach Ausnützung der durch die Niederwerfung seines deutschen Konkurrenten geschaffenen günstigen Lage und der Wiederaufnahme seines Welthandels. England habe keinerlei Lust, sich weiterhin zu sehr an Frankreich zu binden.

## Die Groß-Berliner Gasthausperre.

Zweitägige Demonstration der Gastwirte.

Die Gastwirte versammelten sich heute mittag noch einmal im Wintergarten, um endgültig darüber Beschluß zu fassen, ob die beabsichtigte Schließung der Berliner Gasthäuser nun zur Tat werden sollte.

Verbandspräsident Strauß erstattete zunächst Bericht über die mit den Behörden gepflogenen Verhandlungen. Reichsjustizminister Schiffer habe erklärt, er erkenne die außerordentlichen Schwierigkeiten des Gastwirtsberufes nicht, er könne jedoch die Entscheidung des Reichswirtschaftsministers Schmidt um so weniger beeinflussen, als dieser auf dem Standpunkt stehe, daß das Würgergesetz einen Schutz der allgemeinen Rechte gegen die bevorzugte Klasse bedeute. An eine Aufhebung des Würgergesetzes sei unter keinen Umständen zu denken. Etwasige Änderungen auf juristischem Wege seien in einer zweiten Besprechung erörtert worden, an der von Regierungsside Unterstaatssekretär Peters, Dr. Joel, Staatsanwalt Weber, von seiten der Gastwirte Verbandsdirektor Weiskam teilgenommen hätten. Bei dieser zweiten Beratung seien einige wichtige Zugeständnisse gemacht worden. Unterstaatssekretär Peters habe eine bessere Belieferung der Gastwirte, „soweit es möglich ist“, zugesagt. Ferner habe die Regierung den Konsumenten durch bessere Belieferung mit Roggenmehl und Fett entgegenzukommen versprochen. Reichswirtschaftsministerium solle künftig im übrigen im ständigen Zusammenhang mit einer Dreimännerkommission der Gastwirte arbeiten und sich einer dauernden Berichterstattung der Kommunalverbände bedienen.

Verbandsdirektor Dr. Weiskam berichtete über seine juristischen Besprechungen mit den Regierungsvertretern. Die Forderung, daß bis zu einer endgültigen Regelung die alten Verordnungen in Kraft bleiben sollten, sei abgelehnt worden. Eine Beschwerde gegen Dr. Fall vom Landespolizeiamt, den die Gastwirte für vorergriffen erachteten, habe dieser selbst als unbegründet bezeichnet. Er habe sich entschieden gegen das Epithelium in Gasthausbetrieben ausgesprochen, das nicht bestehen dürfe und überhaupt nie bestanden habe. Im übrigen werde das Landespolizeiamt selbst am 1. Januar aufgelöst werden.

Alles in allem betrachteten beide Redner das Ergebnis der Besprechungen für ungenügend, weil man sich auf Versprechungen nicht verlassen könne. Das mindeste, was man fordern müsse, sei die Wiederbewilligung der früheren Schwundprozesse. Trotz dieses geringen positiven Resultats müsse der Beschluß vom vorigen Mittwoch, sämtliche Gastwirtschaften bis auf weiteres zu schließen, noch einmal gründlich erwogen werden. Gerade zur Weihnachtszeit werde eine derartige Maßnahme für Tausende der Angestellten und für die großen Massen derjenigen, die auf die Gastwirtschaften angewiesen sind, von schwerwiegenden Folgen sein. Dr. Strauß wie Dr. Weiskam schlugen daher der Versammlung vor, sich auf eine Schließung der Lokale für morgen oder übermorgen zu beschränken. In der Zwischenzeit solle die Dreimänner-Kommission (Rachwalsh, Strauß, Weiskam) die Verhandlungen von neuem aufnehmen. Scheitern diese, dann wolle man einen allgemeinen Streik für ganz Deutschland proklamieren.

Es folgte eine längere Aussprache, in der sich die Redner für die zweitägige Schließung der Gasthäuser aussprachen.

Die Versammlung nahm dann noch den Kompromißantrag auf zweitägige Schließung mit großer Mehrheit an.

Im Anschluß an die Versammlung im Wintergarten traten die Funktionäre der Gastwirtsverbände im „Heidelberger“ zu einer Besprechung zusammen, in der die Einzelheiten der Durchführung des Beschlusses der Vollversammlung beraten werden sollen.

Die Angestellten des Gastwirtsberufes haben sich heute vormittag in einer von 2000 Personen besuchten Versammlung in den Gemantafiken mit der beabsichtigten zweitägigen Schließung der Speisehäuser einverstanden erklärt. Die Versammlung war einberufen worden vom Gastwirtsgehilfenverband und dem Deutschen Kellnerbund (Genfer

Verband). Der Führer des erstgenannten Verbandes v. Steppardt berichtete über die Lage und teilte unter großem Beifall der Versammlung mit, daß die Unternehmer beschlossen hätten, alle Gastwirtschaftsangehörigen ohne Unterschied der Tätigkeit während der zweitägigen Stilllegung der Betriebe am Donnerstag und Freitag voll zu entlassen. Im Anschluß daran forderte er auf, die Außenleiter unter den Unternehmern durch Verweigerung der Arbeit zur Schließung ihrer Geschäfte zu zwingen. Die Organisationen würden dafür sorgen, daß auch in diesen Fällen keine Lohnausfälle eintreten. Nach längerer Aussprache wurde eine Entschliessung angenommen, in der es heißt: „Die Angestellten verurteilen aufs allerheftigste jeglichen Wucher und Schleißhandel und treten für strengste Zwangswirtschaft ein. Die Versammelten betrachten die hierauf gerichteten Maßnahmen der Regierung als völlig ungenügend und verlangen, daß nicht nur die Konsumenten, sondern gegebenenfalls die Erzeuger strengstens bestraft werden. Die Versammelten protestieren nicht gegen das Würgergesetz, sondern dagegen, daß eine Berufungsmöglichkeit gegen die eingefetzten Sondergerichte nicht vorgesehen ist und erklären gegen diesen rechtlichen Ausnahmezustand mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ankämpfen zu wollen.“

## Vertagung der Nationalversammlung.

Erledigung des Reichsnatopfers.

Die Nationalversammlung ist bemüht, in Dauerhaltungen noch einen möglichst großen Teil des Beratungsstoffes vor der Beratunspause, die bis zum 4. Februar wahren soll, zu erledigen. Die Annahme des Reichsnatopfers in dritter Lesung gilt als gesichert. Die Vertagung wird am Donnerstag, spätestens Freitag, erfolgen (Der Bericht über die heutige Sitzung befindet sich auf der letzten Seite.)

## Friedberg gegen Erzberger.

Die heutige Sitzung der Landesversammlung.

Die Preussische Landesversammlung nahm heute zunächst den Entwurf zur Sicherung der Ueberführung der privaten Bergregale an den Staat in dritter Lesung einstimmig an und wandte sich dann wieder der dritten Lesung des Etats zu. In einer großen, vom ganzen Hause mit Spannung angehörten Rede ging der demokratische Abgeordnete Dr. Friedberg zunächst auf die Frage der Koalition ein. Streitsfragen, wie der neulich vom Zentrum vom Raune gebrochene Konflikt, in der Schuldeputationsfrage, gehören nicht vor das Plenum, sondern sollten von den Mehrheitsparteien unter sich ausgetragen werden. Mit außerordentlicher Schärfe wandte sich Friedberg dann aber gegen den Reichsfinanzminister Erzberger, dessen Finanzpolitik er kürzlich als „tutigen Dilettantismus“ bezeichnet habe, die aber schon mehr Herzstreuungen sei. Ratschläge von wirklich Sachverständigen wie Erzberger vor sich, und festgehalten werde nur an dem, was dem Vaterland schädlich sei. Das beste Beispiel sei das Reichsnatopfer. Im weiteren Verlaufe seiner Rede wies dann Friedberg einen Angriff des konservativen Abgeordneten Herz auf eingehend zurück.

## Vollständige Räumung des Baltikums.

Von ausländischer Stelle erfahren die „P. P. N.“: Das Detachement Kofschak ist am 16. 12. auf deutschen Boden eingetroffen, damit ist die Rückführung der deutschen Truppen aus dem Baltikum beendet.

## Der deutsche Einheitsstaat.

Von Alexander Reiffisch.

Als im Herbst 1918 der Zusammenbruch des alten Deutschlands unvermeidlich schien, ist an dieser Stelle nach der Nationalversammlung, als der Begründerin eines neuen demokratischen, also einheitlichen Deutschlands, gerufen worden. Am Tage des Zusammenbruchs, am 9. November, ist dieser Ruf wiederholt worden und er verstummte an keinem Tag der folgenden Wochen und Monate, in denen darum gerungen wurde, ob die Revolution nur Niederbruch oder auch gleichzeitig Aufbau sein sollte. Dann kam die Nationalversammlung. Und es kam der Verfassungsentwurf von Preuß, der, nicht immer folgerichtig, aber doch im Wesentlichen unitarischen Grundgedanken durchgeführt. Der Verfassungsauswurf hat diesen Entwurf geistig verformt, und schließlich ward ein Mischling geboren.

Weshalb? Süddeutschland hat sich gegen den Einheitsstaat gewehrt. War das nur althergebrachter Partikularismus? Haben die revolutionären Minister in München und Stuttgart nur unter dem Einfluß einer von konservativen-klerikalen Vorgängern übernommenen Tradition gehandelt? Das kann man so ohne weiteres nicht behaupten. War doch z. B. Eisner sicherlich ein überzeugungstreuer Sozialist und Demokrat, also auch Unitarist. Aber vielleicht war Süddeutschland nicht ganz unbeeinflusst von jenem Gedanken, der damals durch die gegnerische, besonders durch die französische Presse ging: daß die Vereinbittlichung des Reiches eine Art Annexion durch Preußen sei, daß dadurch die Allgewalt Berlins ohne Rest über das ganze Preußentum aufgebracht würde. Damals freilich konnte ein solcher Gedanke entsprechen. Denn gerade in den ersten Monaten der Revolution hat Berlin als politisches Haupt des Reiches nicht nur völlig verfaßt, es hat durch seine Unerschütterlichkeit abkühlend auf die anderen Völkerteile gewirkt. Es war traurig, was es die Kräfte der Nation zur Erfüllung wichtiger gemeinsamer Aufgaben zusammenfassen mußte; und es gebürdete sich überstark, wo es galt, differenzierte Gefühle und Eigentümlichkeiten der einzelnen deutschen Stämme zu verletzen. Wer sollte an den Berliner Einheitswillen glauben, wenn preussische Sozialdemokraten sich beifellen, drausgeschwitzte und onhaltliche Ministerkessel einzunehmen, während man blind blieb für die individuellen Bestrebungen in Rheinland oder Schlesien? Wer sollte an deutsches Einheitsbewußtsein an deutschen Einheitswillen glauben, wenn man die Volksgenossen aus Oesterreich ungehört vor der Tür stehen ließ.

Verkümt ist der Augenblick, in dem die Idee Wunder wirken, der Glaube Berge versetzen kann. Nicht um der Idee willen, aber doch aus der beginnenden Einsicht vermehrer Vorteile, verhuschelter Schäden kehrt man jetzt zu dem Gedanken des deutschen Einheitsstaates zurück. Die Mehrheitsparteien der Preussischen Landesversammlung haben ihn wieder aufgenommen und wollen ihn angefaßt der „ungeheuren Not, in der das deutsche Volk sich befindet“, in die Tat umgesetzt wissen. Wahrhaftig, die Not ist groß. Zuerst Unheil ist schon geschehen, als daß alles sich wieder gutmachen ließe. Aber noch könnte manches gerettet werden. Noch wartet das deutsche Volk darauf, daß seine willigen Kräfte in dem großen und einheitlichen Wirtschaftsorganismus zusammenströmen, der, von starkem Willen befeuert, vervielfachte Arbeit leistet und Früchte hervorbringen könnte. Noch ist dieser nationale Arbeitsstaat zu schaffen, der als einzig mögliches und handlungsfähiges Substrat die riesigen Aufgaben der Finanz-, Verkehrs- und Sozialpolitik zu lösen vermag, die bisher unaufhörlich gelähmt sind. Wenn das der Sinn des preussischen Mehrheitsentwurfes ist, dann sei er herzlich willkommen. Dann wird er auch zu mehr als einem parierten Entschluß führen, mag auch Herr Herz ihn für verfehlt, Herr Heine ihn für unannehmbar halten. Die Gefahr, daß einige Politiker ihre Ministerstellen loswerden, ist nicht so wichtig wie die lebensgefährliche Bedrohung eines ganzen Volkes.

Gemeinsame Arbeit an gemeinsamen Zielen, nicht aber Bevormundung und Fesselung ist, was uns not tut. Man soll nicht die Länder zerschlagen, sondern man soll das einheitliche Reich aufbauen. Keine Stammesunterschiedlichkeit kann verletzt werden, wenn es sich darum handelt, die natürlichen Kultur- und Wirtschaftsgebiete als die gegebenen Bausteine zu verwenden. Wie sich die neue Einteilung zu den monarchisch entstandenen, bisher Bundesstaaten genannten Gebilden stellt, ist eine Frage zweiten Ranges. Je mehr diese Gebilde sich den natürlichen Stammesgrenzen annähern, desto geringer werden die Verschleibungen sein, die sie zu erleiden haben. Gerade deshalb ist es nicht nötig, daß die Süddeutschen sich besonders beunruhigen. Ebenso natürlich ist es, daß die Grenzen Preußens im Neubau des deutschen Staates die stärksten Veränderungen erfahren würden. Das ist keine Reschlagung, sondern nur die Wiederherstellung einer natürlichen Ordnung; keine Kraftminderung; sondern ein Freiwerden von Kräften zu gemeinsamer Leistung.

Zu lange schon hat die deutsche Politik die Verantwortung der hindernden Kraft des Gebankens vermiffen. Man erkenne jetzt wenigstens, daß Ideenlosigkeit die Ursache aller Uebel ist; daß die hungernenden Brüder in Wien genau so